

Württemberg-Hohenzollern als Land der französischen Besatzungszone

such additional territory to the French at this time and that it is untimely to indicate to the Germans that we propose to relinquish any part of present US zone. Damit war ein Zusammenhang zwischen einer Neuordnung in Südwestdeutschland einerseits und einer veränderten deutschlandpolitischen Haltung Frankreichs andererseits hergestellt. Kaum einer der Amerikaner, die bis 1945 schon beachtliche Erfahrungen mit dem schwierigen Verbündeten Frankreich gehabt hatten, konnte ernsthaft annehmen, daß der geschilderte Zusammenhang zu etwas anderem als zum Stillstand der Angelegenheit führen konnte. Wegen der Änderung der Besatzungsverhältnisse in Baden und Württemberg allein würde Frankreich seine Deutschlandpolitik gewiß nicht geändert haben. Im Grunde hatte sich bis zum Jahresende 1945 in Betreff der südwestdeutschen Besatzungszonen nichts bewegt. Von einer Einhaltung der seinerzeit gegebenen diesbezüglichen amerikanischen Zusage war keine Rede. Dies muß auch auf französischer Seite mit zunehmender Verärgerung vermerkt worden sein. Und vor allem bei der im Herbst 1945 in Baden-Baden installierten französischen Militärregierung für Deutschland.

Deren Chef und gleichzeitiger Oberbefehlshaber der französischen Besatzungstruppen in Deutschland, General Koenig, schrieb deshalb an seinen amerikanischen Kollegen, General McNarney. Koenig forderte die Abtretung von Nordbaden und vor allem von Karlsruhe. Dabei hatte Koenig auf den bald abgeschlossenen Ausbau von Bremen als US-Hafen hingewiesen: *General Koenig mentioned that in conversations with General Eisenhower he had formed the opinion that the U. S. authorities were prepared to give up Karlsruhe at the end of the winter when the port of Bremen would be ready to care for traffic to the American zone*³³⁵.

Die nun auf amerikanischer Seite intern erörterten Sprachregelungen im Hinblick auf eine Antwort an den französischen Verbündeten beinhalteten im Kern das gleiche wie die zuvor erwähnten amerikanischen Korrespondenzen. Nur wurde der Zusammenhang zwischen dem amerikanischen Unwillen, das französische Anliegen überhaupt zu diskutieren und den grundsätzlichen deutschlandpolitischen Divergenzen der beiden Alliierten noch deutlicher: *A concession of this kind would be inopportune in view of French intransigence on the establishment of central German agencies.* General Koenig gegenüber freilich sprachen die Amerikaner dies nicht aus. Vielmehr lehnte McNarney seinem französischen Kollegen gegenüber jede Erörterung der Angelegenheit ab. McNarney erklärte sich für unzuständig und verwies Koenig statt dessen auf die üblichen diplomatischen Wege: *General McNarney on December 26 addressed a letter to General Koenig stating that he was unable to begin direct negotiations with respect to a change in zonal boundaries and recommending that the normal diplomatic channel be employed.*

In der Tat wurde Paris nun durch seine Diplomaten in Washington aktiv. Am 31. Januar 1946 wiederholte die französische Botschaft in Washington den Vorschlag General Koenigs über eine Rektifizierung der Besatzungsgrenzen in Baden und Württemberg³³⁶. Die Amerikaner hatten, wie erwähnt, Baden-Baden auf den offiziellen diplomatischen Weg verwiesen. Washington brauchte mit seinen internen Beratungen zwischen Militärs und Diplomaten bis zum 22. April 1946, bis es endlich dem französischen Botschafter eine ablehnende Antwortnote überreichen konnte. Die Amerikaner blieben unverändert bei der Formulierung, daß es eine Abhängigkeit zwischen der Einrichtung einer zentralen gesamtdeutschen Verwaltung und der endgültigen Fixierung der Ländergrenzen in Deutschland gebe.

Doch die Pariser Regierung ließ in ihrem Streben nach einer Revision der Besatzungsgrenzen in Südwestdeutschland nicht nach. Am 7. Mai 1946 unterbreitete die französische Bot-

335 Vgl.: The United States Political Adviser for Germany, Murphy, to the Secretary of State (December 29, 1945), in: FRUS 1945 III S. 1025. General Joseph T. McNarney war Nachfolger General Eisenhowers geworden. Dazu auch: The United States Political Adviser for Germany, Murphy, to the Secretary of State (February 18, 1946), in: FRUS 1946 V S. 661.

336 Vgl. zum folgenden das zusammenfassende Memorandum by the Assistant Chief of the Division of Central European Affairs, David Harris (June 20, 1946), in: FRUS 1946 V S. 679–682.